



Die Fraktion von  
Bündnis 90 / Die Grünen  
im Kreistag Schwarzwald-Baar

---

Donaueschingen, den 20. Dezember 2010

## Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2011

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Haushalt 2011 hat bekanntlich schon eine grundlegende Diskussion hinter sich. Am 24.09.2010 hatten wir uns hier zu einer Klausurtagung versammelt und dabei die Eckpunkte des Haushalts 2011 diskutiert. Die damalige Tagung hatte deutlich gemacht, dass der Kreistag für das kommende Haushaltsjahr weitgehende Sparanstrengungen verlangen wird. Ein schlichtes Einfrieren der Kreisumlage bei 66,6 Mio € erschien beispielsweise nur wenig aussichtsreich. Folgerichtig hat die Verwaltung in den darauffolgenden Wochen an diesem Thema gearbeitet. Bei der Einbringung des Haushalts am 8. November lagen vor diesem Hintergrund dann bereits weitergehende Einsparvorschläge vor.

Es traf sich günstig, dass die Einbringung des Haushalts von einer wirtschaftlichen Erholung begleitet wurde: Arbeitslosen- und Kurzarbeiterquote, das Investitionsklima und auch die Steuereinnahmen entwickelten sich glücklicherweise wieder in eine positive Richtung. Doch die Kreisrätinnen und Kreisräte hatten in Bezug auf die wirtschaftliche Situation in vielen Gemeinden kein so günstiges Bild vor Augen. Der „Haushaltsentwurf der Bescheidenheit“ wurde von vielen Kreistagsmitgliedern deshalb nicht auf Anhieb als solcher erkannt. Demzufolge ging es in den nachfolgenden Ausschusssitzungen einmal mehr um Einsparungen. Es zeigte sich, dass viele Kreistagsmitglieder angesichts der knappen Finanzmittel in den Gemeinden geradezu mit Argusaugen labile Positionen im Haushaltsentwurf suchten. In den Ausschussberatungen wurde dabei i.d.R. nicht gefragt: Was muss der Landkreis wirklich leisten und was kostet das dann, sondern es wurde gefragt: Wo kann noch was weggekürzt werden, um die Kreisumlage weiter abzusenken? Man kann so eine Diskussion eben von der **Aufgabe** oder von der **Ausgabe** her führen. Es dürfte wohl allen hier klar sein, dass man je nach Fragestellung auch zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen wird.

Das grundlegende Problem dabei ist, dass der Kreishaushalt gerade für den monetären Blickwinkel reichhaltige Ansatzpunkte bietet. Beispielsweise hat der Bereich der sozialen Sicherung mit mehr als 46% ein sehr hohes Gewicht an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushalts. Gleichzeitig liegen die darin erbrachten Leistungen i.d.R. weit ausserhalb des persönlichen Erfahrungshorizonts vieler Kreistagsmitglieder. In den Gemeinden haben die verschiedenen Aufgabenbereiche hingegen ein anderes Gewicht und der persönliche Bezug zum jeweiligen Thema ist meistens enger. Hinzu kommt, dass bei Ausgaben im Bereich der sozialen Sicherung andere Kriterien gelten als beispielsweise bei der Investition in eine neue Strasse. Auch der mögliche Erfolg einer Ausgabe muss in diesem Bereich vollkommen anders erfasst und bilanziert werden. In diesem Umfeld tun sich deshalb viele Kreisräte schwer. Was liegt da näher, als den politischen Erfolg in solchen Bereichen vorwiegend an der Finanzentwicklung und hierbei insbesondere am realisierten Einsparpotential für die Kreisumlage zu messen. Leider gibt das dann ein sehr einseitiges und fragwürdiges Bild.

Im Bereich der sozialen Sicherung erstaunt es uns nicht, dass sich die Arbeitslosenzahlen und die Kosten für die soziale Sicherung zunehmend auseinanderentwickeln. Prekäre Arbeitsverhältnisse, verbreitete Niedriglohngruppen, Leiharbeit in diversen Ausprägungen und andere unsägliche Strukturen sorgen dafür, dass der Kreis hier selbst bei sinkender Arbeitslosenquote ständig mit Ausgabensteigerungen rechnen muss. Ursächlich sind die Rahmenbedingungen und die müssen sich in diesem Bereich deutlich ändern, wenn sich die Situation für die Sozialhaushalte und damit für die Menschen dauerhaft verbessern soll. Ob die optimistische Kürzung der Grundsicherungsgelder für Arbeitslose um 200.000 € dabei eine realistische Grundlage hat, wird sich zeigen. Wir sind etwas skeptisch, weil unser derzeitiger „Wirtschaftsaufschwung“ stark vom Export und hierbei insbesondere von der Geldschwemme der FED und den chinesischen Dollardevisen abhängig ist. Bei so einem Aufschwung kann der Wind auch schnell wieder drehen.

Mehr Erfolg versprechen hingegen die lokal beeinflussbaren Massnahmen. Bei der Eingliederungshilfe für Behinderte oder der Jugendhilfe besteht zumindest die Chance, durch ambulante Massnahmen, durch abgestimmte lokale Konzepte und durch einen ganzheitlichen Ansatz Verbesserungen zu erzielen. Dennoch ist gerade bei der Jugendhilfe die zunehmende Armutsentwicklung eine schwere Belastung und gleichzeitig der Antrieb für die dynamische Kostenentwicklung. Aus unserer Sicht ist es zudem kaum vermeidbar, dass z.B. die Entgeltsätze der Jugendhilfeeinrichtungen im Rahmen der allgemeinen Kostenentwicklung ansteigen werden, sofern das fachliche Niveau gehalten werden soll.

In diesem Zusammenhang möchte ich unsere Position zur Zusammenlegung des Jugendamtes der Stadt Villingen-Schwenningen mit dem Kreisjugendamt ansprechen. Wir sehen die derzeit absehbare Entwicklung positiv. Von einer weiteren Eigenständigkeit des städtischen Jugendamtes profitieren grundsätzlich beide Seiten. Die Jugendarbeit der Stadt ist gerade im Oberzentrum näher an den Brennpunkten und der Landkreis muss nicht schon wieder strukturelle und räumliche Integrationsarbeit bezüglich neuer Mitarbeiter leisten. Sehr sinnvoll ist hingegen die Wiederbesetzung der Kreisjugendreferentenstelle. Gerade für Randregionen des Kreises und für die Vernetzung der Aktivitäten in kleinen Kreisgemeinden kann diese Stelle noch weiteres Potential entwickeln.

Bei der Gleichstellung von behinderten und nichtbehinderten Jugendlichen wird das Thema Inklusion zunehmend zum Thema werden. Behinderte Schülerinnen und Schüler sollen zukünftig möglichst eine Regelschule besuchen können. Wir begrüßen grundsätzlich diese Entwicklung. Allerdings hat dieser Ansatz nicht nur weitreichende Auswirkungen auf die kreiseigenen Sonderschulen, sondern insbesondere auch auf die kommunalen Bildungseinrichtungen, in denen die behinderten Kinder Aufnahme finden sollen. Deshalb sollte der weitere pädagogische Abstimmungsprozess zwischen Sonderschulen und Regelschulen aktiv gestaltet werden. Und an alle, die hier im Kreistag dann schon wieder Einsparpotential bei den Sonderschulen sehen: Billiger wird die Sache - gerade auch für die Kommunen - dabei ganz sicher nicht. Denn das Land wird keine weitergehenden Mittel für die Inklusion bereitstellen. Das Thema Inklusion steht damit unter dem Vorbehalt, dass zunächst einmal sinnvolle Strukturen geschaffen werden.

An den kreiseigenen Schulen wurde in den vergangenen Jahren relativ viel investiert. Der Brandschutz ist dabei fast immer ein schwieriges und kostenintensives Thema. Es ist gut, wenn hierbei mit Augenmass geplant wird. Allerdings hat sich zuletzt an der Hotelfachschule gezeigt, dass Brandschutz nicht nur ein theoretisches Thema ist. Was diesen Brandfall betrifft, erwarten wir übrigens noch einen Bericht zu Ursachen, Hintergründen und eine Funktionsbewertung der vorhandenen Brandschutzeinrichtungen zum Zeitpunkt des Schadensfalls. Bei einem anderen sicherheitsrelevanten Bereich, nämlich der Amokprävention, unterstützen wir die Nachrüstung der Schulen mit Kommunikationsanlagen. Die anderen diskutierten Massnahmen sollten aus unserer Sicht nicht weiter verfolgt werden.

Mit der im Haushalt vorgesehenen Gesamtsumme von 1,7 Mio. € kann an den Kreisschulen auch im kommenden Jahr die Schulraumsanierung fortgeführt werden. Die vom Bildungs- und Sozialausschuss ausgesprochenen Sperrvermerke für die Sanierung der Albert-Schweitzer-Schule und für die Erweiterungsplanung der Hotelfachschule sind dabei in Ordnung. Allerdings nur deshalb, weil vor weiteren sektoralen Planungen und insbesondere vor einem möglichen Baubeginn jeweils eine umfassende Gesamtanalyse

gemacht werden muss. Uns erscheint die bisherige Vorgehensweise nicht ausreichend koordiniert und wir stellen uns jeweils ein umfassendes und vollständiges Konzept vor Umsetzung der Projekte vor. Angesichts der rückläufigen Schülerzahlen im Landkreis ist auch den Kapazitäten besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Dies gilt ebenso für die kontinuierliche inhaltliche Ausrichtung der Schulen, für die Einführung neuer Ausbildungsgänge und nicht zuletzt auch für den Start neuer Schularten. Die Einführung von neuen Ausbildungsangeboten muss sich dabei sinnvoll in die bestehenden Strukturen einfügen und darf diese nicht zerschlagen. Wir erwarten, dass vor einer endgültigen Entscheidung zunächst dieser Nachweis erbracht wird. Die Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung kann hierzu ebenfalls Möglichkeiten und Konfliktpunkte aufzeigen.

Beim ÖPNV und der Schülerbeförderung gibt es aus unserer Sicht gute und schlechte Nachrichten: Einerseits führt die Einrichtung der Werkrealschulen zu Mehrkosten bei der Schülerbeförderung. Die vorhandenen Kapazitäten bei der Schülerbeförderung sind zu Spitzenzeiten teilweise immer noch ungenügend. Angebote wie der Randenbus werden ausgedünnt. Das erfolgreiche Projekt „Fahrkarte statt Führerschein“ wurde gegen unsere Stimmen im Ausschuss komplett gestrichen. Besonders ärgert uns jedoch die Situation dass vom Bau der Ringzughaltestellen immer noch keine Schlussabrechnung vorliegt. Wir sind der Meinung, dass nach so vielen Jahren seit Fertigstellung eine weitere Verzögerung für den Landkreis schädlich sein wird. Denn eine rückblickende verlässliche Zuordnung von Aufgaben, Versäumnissen und Kosten wird mit jedem Jahr schwieriger. Der Kostenträger sollte möglichst noch vor Ende der Bauwerkslebensdauer ermittelt werden! Andererseits freuen wir uns natürlich über den finanziellen Erfolg des Ringzugbetriebs. Neue ÖPNV - Angebote wie z.B. die Verbindung von Furtwangen nach Villingen oder auch der Ersatz älterer Busse sind ebenfalls gut. Und beim Blick in die Zukunft des ÖPNV fällt derzeit auf, dass einige hochfliegende Diskussionen (z.B. die Elektrifizierung der Strecke Villingen – Rottweil) am Laufen sind. Mal sehen, ob diese den März kommenden Jahres überdauern werden!

Im Bereich der Kreisstrassen wurde im Haushaltsentwurf 2011 sehr stark auf die Bremse getreten. Angesichts der Ausgaben in den vergangenen Jahren ist eine Bausumme von 1,9 Mio. € aus unserer Sicht aber vertretbar. Zukünftig muss jedoch noch mehr als bisher auf die eigentliche Sanierung der Strassen und nicht auf den Ausbau Wert gelegt werden. Der sehr gerne gebrauchte Begriff „Kreisstrassen - AUSBAU“ sollte deshalb in der Baupraxis durch den Begriff „Kreisstrassen - SANIERUNG“ ersetzt werden. Beim Begriff der Sanierung ist man dann schon ziemlich dicht am Unterhalt. Hierbei möchte ich für unsere Fraktion noch ein anderes Thema ansprechen. Bei den Kosten für den Winterdienst wird offensichtlich seit einiger Zeit das jährliche Defizit nicht mehr automatisch aus allgemeinen Haushaltsmitteln ausgeglichen, sondern als „Forderung“ gegenüber dem Land deklariert. Was die Klarheit der eigenen Position gegenüber dem Land

anbetrifft, mag die Sache ja grundsätzlich in Ordnung sein. Was jedoch das Haushaltsrecht und den Aufbau einer Verschuldung ausserhalb des regulären Haushaltsausgleichs anbetrifft, ist dieser Ansatz jedoch weniger geeignet. Ein Defizit kann aus unserer Sicht nur dann dauerhaft als „Forderung“ im Haushalt stehen bleiben, wenn die Forderung auch absehbar einzubringen ist!

Im Bereich der Abfallwirtschaft gibt es derzeit mindestens 2 grosse Konfliktherde: Einerseits Sammlung, Transport und Verwertung von Rest- und Wertstoffen. Dabei wird derzeit bundesweit um Zugriff, Verwertungsrechte sowie Behandlungs- und Verwertungswege gestritten. So wie es aussieht, werden wir auch im Schwarzwald-Baar-Kreis nicht um diesen Konflikt herumkommen. Am Ende könnte der Fall eintreten, dass zukünftig nur noch die ansteigenden Kosten, aber nicht mehr die Erlöse aus den Wertstoffen in die Gebührenberechnung einfließen. Der zweite grosse Bereich ist die Deponienachsorge. Hier überlagern sich in unserem Landkreis die üblichen Kosten der Deponienachsorge mit hausgemachten Nachsorgekosten. Insbesondere wegen der Hangrutschung und den Stabilitätsproblemen im Bereich der ehemaligen Deponie Tuningen gibt es dabei in unserer Fraktion ganz erheblichen Verdross. Wir sehen keine Beweissicherung, keine Fortschritte in der Aufarbeitung der Haftungsfrage und auch keine ernsthafte Bemühung, das drohende Unheil der hohen Kosten vom Gebührenzahler abzuwenden. Aus unserer Sicht ist dies immer noch ein ganz grosses Ärgernis.

Nach diesem Ausflug in die gebührenfinanzierte Abfallwirtschaft möchte ich zum Kernhaushalt zurückkommen. Hier geht es, wie eingangs erwähnt, primär um Einsparungen: 100.000 € weniger für allgemeines bewegliches Vermögen, weitere 200.000 € beim Gebäudeunterhalt sowie Vorschläge zur weiteren Personaleinsparung waren einige der Ergebnisse der Ausschusssitzungen. Trotz erhöhter Schlüsselzuweisungen und teilweise höher angesetzten Einnahmen ging es in den Ausschussberatungen dann abschliessend noch an die Zuführung zum Vermögenshaushalt. Auf Wunsch der CDU wurde diese in der letzten Ausschussberatung um 300.000 € reduziert, was die Nettoinvestitionsrate auf wenig mehr als 200.000 € absenkt. Im Umkehrschluss steigt die Kreditaufnahme damit auf voraussichtlich ca. 3,7 Mio. €. Das wichtigste Ergebnis dieser Sparübungen dürfte für viele Kreistagsmitglieder sein, dass die Höhe der Kreisumlage damit im Endeffekt ca. 3 Mio. € unter dem Betrag des Vorjahres liegt. Prozentual entspricht dies einer Kürzung von ca. 4,5%. Die Nettoneuverschuldung beträgt mit diesen Änderungen annähernd 1 Mio. € bei einer Gesamtverschuldung von ca. 45 Mio. €. Dies ist aber noch nicht die ganze Wahrheit. Denn der Verzicht auf die Zuführung zur Krankenhausrücklage wird uns voraussichtlich einholen. Bei einem Blick auf vergleichbare Projekte muss leider davon ausgegangen werden, dass die zugesagten Mittel für den Neubau des Zentralklinikums auch benötigt und abgerufen werden. In diesem Fall wird es dann in einem der kommenden Haushaltsjahre zu einer massiven Nachschusspflicht kommen.


## **Zusammengefasst möchte ich den Haushaltsentwurf 2011 so bewerten:**

Sie, Herr Landrat Heim, haben die Zielvorgaben bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs 2011 so definiert:

1. Rücksichtnahme auf die schwierige Finanzsituation vieler Städte und Gemeinden
2. Realisierung der wichtigsten Investitionen in die Infrastruktur des Landkreises
3. Begrenzung der unvermeidbaren Schuldaufnahme

Die gute Absicht zum Interessenausgleich war erkennbar. Allerdings haben sich im Laufe der Haushaltsberatungen die Gewichte zugunsten des ersten Punktes verschoben. Die Höhe der Kreisumlage und weniger die Inhalte wurde wieder einmal zum zentralen Massstab der Ausschussberatungen. Das ist angesichts der vielfältigen und wichtigen Kreisaufgaben bedauerlich. Dennoch hätte das Ergebnis der Beratungen für den Kreishaushalt auch noch schlimmer ausfallen können. Dies zeigt sich nicht nur daran, dass im freiwilligen Bereich Dinge wie die Jugendmusikschulförderung, die Fortführung der Öffentlichkeitsarbeit (u.a. mit der Herausgabe des Kreisalmanachs) oder auch der erhöhte Zuschuss an die Tagesstätte für wohnungslose Menschen eine Mehrheit gefunden haben. Vor allem ist es daran zu erkennen, dass in den Kernbereichen des Kreishaushalts nicht noch mehr gekürzt wurde oder – wie auch schon geschehen - Einnahmeansätze einfach munter nach oben geschraubt wurden.

Wir hoffen, dass die Neuorganisation des SGB II im Landkreis zu einer guten Organisationslösung und insbesondere auch zu einer Verbesserung für alle Betroffenen führen wird. Wir wünschen uns auch in diesem Bereich mehr inhaltliche Diskussionen und eine Bereitschaft für kontinuierliche Verbesserungen. Nicht zuletzt wird davon auch die weitere Kostenentwicklung in diesem Bereich abhängen

Die grössten Probleme mit dem Haushalt 2011 hat unsere Fraktion im Bereich Abfallwirtschaft mit den Schadensregulierungen im Deponiebereich und bei der Krankenhausrücklage mit dem erneuten Verzicht auf die vereinbarte Zuführung. Daneben sollten wie geschildert einige Altlasten bei Abrechnungen und Verbuchungen aufgearbeitet werden.  Zudem sollten sich weitere Änderungen und Kürzungsvorschläge in der nachfolgenden Diskussion in Grenzen halten. Auf Basis der bisher bekannten Fakten kann

## **die Grüne Fraktion dem Haushalt 2011 zustimmen.**

Im Namen unserer Fraktion möchte ich allen Mitarbeitern des Landkreises für ihre geleistete Arbeit und allen Zuhörern für Ihre Aufmerksamkeit recht herzlich danken.

Christian Kaiser

für die Kreistagsfraktion SBK von B90/Die Grünen